



Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 10.12.2021:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Sitzungen der thematischen Untergruppen fanden am 7.12., die der Kontaktgruppe am 8.12. statt. Eine außerordentliche Sitzung gab es zusätzlich am 9.12.

7.12.

Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: **Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen ist beendet**

In der Frage der gleichzeitigen Eröffnung von zwei neuen Passierpunkten hat sich Kiew der Vereinbarung von Kriterien und Regeln für deren Funktion entzogen. Die ukrainische Seite hat sich auch der Erörterung einheitlicher Herangehensweisen an die Organisation der in Betrieb befindlichen Passierpunkten unter Bedingungen des Kampfes gegen die Ausbreitung der Coronavirusinfektion entzogen.

Bei der Erörterung von Fragen des Austausches festgehaltener Personen hat sich die ukrainische Seite einer Antwort auf alle Fragen bezüglich ihrer Verpflichtungen, eine prozessuale Freistellung zu gewährleisten, entzogen. Außerdem imitierte Frau Tretjakowa weiter die Einbindung in den Verhandlungsprozess, indem sie versuchte, irgendwelche abstrakten Vorschläge für einen weiteren Austausch einzubringen, sich aber weigerte, Konkretes zu diesen Vorschlägen zu sagen. Die Erörterung zur Suche nach Vermissten wurde von der Ukraine ignoriert.

Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen

Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe: **Die Sitzung der Arbeitsgruppe zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus ist beendet**

Im Rahmen der Untergruppe wurden traditionsgemäß Fragen der Wasserversorgung erörtert. Es wurde ein Datum für die nächste Zahlung für das Wasser, das von der Ukraine in die LVR geliefert wird, vereinbart.

Zu anderen Fragen der Tagesordnung – Eisenbahn, Vodafone, einen Plan zur Wiederaufnahme der sozialökonomischen Beziehungen gab es keinen Fortschritt.

Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Bei der heutigen Sitzung der Arbeitsgruppe zu politischen Fragen haben die ukrainischen Vertreter erklärt, dass auf der Seite der Obersten Rada irgendein Text eines zukünftigen Gesetzesentwurfs über Änderungen an der Verfassung der Ukraine bezüglich der Dezentralisierung der Staatsmacht veröffentlicht sei. Statt dieses Dokument zur Erörterung und Vereinbarung einer endgültigen Redaktion mit den Vertretern der Republiken bezüglich des Teils, der den besonderen Status des Donbass betrifft, wie es von den Minsker

Vereinbarungen vorgesehen ist, zu schicken, verweigerte sich der ukrainische Delegierte einer gemeinsamen Arbeit mit diesem Text und empfahl, den Entwurf auf der Seite zu finden und unsere Vorschläge an die E-Mail der Obersten Rada der Ukraine als Vorschläge von Privatpersonen zu schicken. Und ob die Rada diese Vorschläge annimmt oder nicht, das entscheide sie nach ihrem Gutdünken. Diese Position widerspricht vollständig Punkt 11 des Maßnahmenkomplexes, in dem schwarz auf weiß die Notwendigkeit einer Vereinbarung aller wesentlichen Änderungen in der Verfassung bezüglich des besonderen Status unserer Territorien direkt mit den Vertretern des Donbass festgeschrieben ist. Um diesen groben Streit zu befrieden, haben wir ein weiteres Mal daran erinnert, dass die Republiken schon lange den Entwurf eines Fahrplans erstellt und der ukrainischen Delegation vorgelegt haben, in dem es unter anderem Vorschläge für Änderungen im Grundgesetz der Ukraine bezüglich der Besonderheiten der Dezentralisierung im Donbass gibt. Aber die ukrainische Seite ignoriert diese Vorschläge seit mehr als einem Jahr und heute weigerte sie sich überhaupt, sie an ihr Parlament zur Aufnahme in den Entwurf für Änderungen an der Verfassung zu geben.

Die Führung eines Dialogs mit gegenseitigem Respekt ist die Grundlage jeglicher friedlicher Regelung eines Konflikts, der Austausch von Briefen über E-Mail bringt uns dem lang erwarteten Frieden in unserem Land nicht näher.

Natalja Michajlowa, Vertreterin der DVR in der Gruppe zu politischen Fragen

dnr-sckk: Bilanz der Arbeitsgruppe zu Fragen der Sicherheit

Praktisch die ganze Sitzung bestand aus dem Versuch, den Entwurf einer Erklärung der Kontaktgruppe über Mechanismen zur Gewährleistung einer bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vom 22. Juli 2020 zu erörtern und zu vereinbaren.

„Die grundlegende Botschaft des Dokuments ist die Arbeit des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung als Koordinationsmechanismus zur Reaktion auf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung und zur Konkretisierung seiner Funktionalität.

Wir bestehen auf einer deutlichen Festlegung, wessen Vertreter im GZKK „im Rahmen der Arbeit des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung“ miteinander interagieren müssen. Das ist besonders bedeutsam unter Berücksichtigung dessen, dass dieses Organ für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung verantwortlich ist.

Außerdem bestehen wir darauf, dass die Erklärungen, die von den Herren Salushnyj und Pawljuk abgegeben wurden, dass es den ukrainischen Soldaten erlaubt sei zu schießen, wenn es ihnen einfällt und das Kampfdrohnen verwendet werden, direkt Geist und Buchstaben der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung verletzen und öffentlich von bevollmächtigten Funktionsträgern des offiziellen Kiew dementiert werden müssen“, erklärte der Vertreter der DVR in der Arbeitsgruppe, Alexej Nikonorow, die Position der Republiken.

Trotz einer vierstündigen Diskussion ist es dennoch nicht gelungen, die Vorschläge im Wesentlichen zu bearbeiten, weil die ukrainische Seite mit allen möglichen manipulativen Handlungen der Erörterung der für eine reale Ausführung des Dokuments entscheidenden Fragen auswich.

„Die ukrainische Seite weigert sich hartnäckig, die wesentlichen Punkte zu erörtern, einschließlich einer Aufhebung der Erklärung von offiziellen Persönlichkeiten der Ukraine über die Möglichkeit, die Punkte der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung nicht einzuhalten, sowie die direkte Zusammenarbeit zwischen den Seiten im GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung.

Wir meinen, dass es keinerlei praktischen Sinn darin gibt, eine weitere deklarative, ausgehöhlte Erklärung abzugeben, die keinerlei wirksame Vorschriften beinhaltet und die nicht klar die Subjekte der Umsetzung und die Verantwortlichen für die Nichtumsetzung der Vereinbarungen bestimmt. Die Vorschläge der Ukraine und die Position ihrer Vertreter sind ein weiterer populistischer Schritt, der nicht zu dem Hauptziel führt, zu einer realen Senkung der Eskalation an der Kontaktlinie. Unsere Aufgabe ist es, in der Kontaktgruppe ein Dokument mit Inhalt zu vereinbaren und zu

unterzeichnen, das dann für eine breite Öffentlichkeit veröffentlicht wird und eine Beendigung der Beschüsse in der Praxis und nicht in Deklarationen befördert“, fasste Alexej Nikonorow zusammen.

8.12.:

Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe: **Die politische Bedeutsamkeit der ukrainischen Vorschläge geht gegen die absolute Null**

Das Erreichen spürbarer Fortschritte im Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass hängt direkt von der Bereitschaft der Konfliktseiten ab, sachbezogene Ergebnisse zu erreichen und nicht einen Plan zu Polit-PR zu erfüllen.

Bereich der Sicherheit

Bei der Erörterung der Fragen der Sicherheit wurde offensichtlich, dass die ukrainische Seite sich um die Perspektive der Erarbeitung politischer Punkte durch Deklaration leerer politischer Erklärungen kümmert und nicht über eine möglichst schnelle Senkung des Grads der Eskalation des Konflikts auf sachbezogene Weise.

Statt die widerwärtigen Aussagen ukrainischer militärischer Leiter zurückzuziehen, die direkt den Anforderungen der Maßnahmen zur Verstärkung der Regimes der Feuereinstellung widersprechen, statt die Zusammensetzung des GZKK und die Modalitäten seiner Arbeit im Rahmen des Koordinationsmechanismus zu bestätigen, war Herr Kostin als stellvertretender Leiter der ukrainischen Delegation zuerst nur zur Vereinbarung einer kurzen politischen Erklärung über die Rückkehr zum unbefristeten Regime der Feuereinstellung bereit, aus der überhaupt niemand offiziell ausgeschieden ist.

Angesichts dessen kann man feststellen, dass die Vertreter des offiziellen Kiew sich von Anfang an nicht das Ziel des Erreichens eines praktischen Resultats gesetzt haben, sondern auf den Erfolg eines weiteren Versuchs politischen Betrugs hofften.

Nachdem unsere Vertreter der Ukraine während acht Stunden sachbezogene und unwiderlegbare Argumente zugunsten ihres Herangehens vorlegten, beschlossen die Vertreter Kiews schließlich, eine Pause zu nehmen und eine inhaltliche Reaktion auf unsere Vorschläge zu erstellen. Wir warten auf ein entsprechendes Dokument.

Politischer Bereich

Im Rahmen der Erörterung der politischen Tagesordnung blieben die Positionen der Seiten unverändert. Kiew verneint die geringste Möglichkeit einer direkten Zusammenarbeit mit Donezk und Lugansk in Fragen der Ausarbeitung eines konsolidierten Entwurfs eines Fahrplans.

Die DVR unterstützt die Umsetzung des gesamten Pakets der Minsker Vereinbarungen. Wir rufen die ukrainische Führung ein weiteres Mal zur Einhaltung des Prinzips der verpflichtenden Vereinbarung ihrer Handlungen in Bezug auf den Donbass mit den Vertretern der Donezker und der Lugansker Volksrepublik im Rahmen des Minsker Formats auf.

Humanitärer Bereich

Das offizielle Kiew entzieht sich seinen Verpflichtungen zur prozessualen Freistellung der zuvor festgehaltenen Personen, um die Austausch der Jahre 2019 und 2020 abzuschließen und hat vorgeschlagen, 24 Personen zu übergeben und seine Bereitschaft erklärt, Akte über die Begnadigung von 13 Menschen zu unterzeichnen.

Die DVR ist bereit, alle gesetzwidrig durch die Ukraine festgehaltenen Personen aufzunehmen, aber es bleibt eine Reihe von Fragen offen:

- Warum schließt der Präsident Selenskij nicht mit derselben Leichtigkeit die Austauschprozeduren der Jahre 2019-2020 ab?
- Im Zusammenhang womit entzieht sich Kiew der Bereitstellung einer Liste der Personen, die es bereit ist zu übergeben?
- Ist Kiew bereit unverzüglich eine prozessuale Freistellung dieser Personen entsprechend dem Minsker Vereinbarungen vorzunehmen?

Ohne klare Antwort auf diese Fragen können Vorschläge dieser Art ausschließlich als kriminelle Spekulation mit den Schicksalen von Dutzenden von Menschen zugunsten einer Anhebung des

Ratings der derzeitigen ukrainischen Regierung gesehen werden.

Wladislaw Moskowskij, Pressesekretär der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe

Telegram-Kanal Öffentliche Position in der Kontaktgruppe in Minsk: **Kommentar des bevollmächtigten Vertreter der RF in der Kontaktgruppe B.W. Gryslow**

Heute, am 8. Dezember, fand ein weiteres Treffen der Kontaktgruppe im Format einer Videokonferenz statt.

Zur heutigen Sitzung hatten die Vertreter von Donezk und Lugansk schon am 2. Dezember Vorschläge über einen Komplex von Schritten zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Waffenstillstands vom 22. Juli 2020 eingebracht. Die Vertreter der Ukraine konnten während der achtstündigen Verhandlungen keine abschließende Antwort auf die Initiative des Donbass geben, darunter auf den Vorschlag, dass Kiew offiziell die direkt den Vereinbarungen über eine Verstärkung des Waffenstillstands widersprechenden Erklärungen des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte W. Salushnyj und des Kommandeurs der Operation der Vereinigten Kräfte A. Pawljuk bezüglich der Regeln für die Eröffnung des Feuers nach eigenem Gutdünken von Soldaten sowie über den Einsatz von Kampfdrohnen im Donbass zurückzieht. Außerdem erwiesen sich die Vertreter der Ukraine als nicht bereit, die Rückkehr zur Beteiligung an dem am 22. Juli 2020 vereinbarten Koordinationsmechanismus zur Verhütung einer Eskalation der Schusswechsel zurückzukehren. Die ukrainische Delegation bat darum, ihnen zusätzliche Zeit bis zum 9. Dezember zur Erstellung sachbezogener Vorschläge zur Initiative des Donbass zu geben.

In Verletzung der direkten Vorschriften der Minsker Vereinbarungen verweigert sich die Ukraine schon seit sieben Jahren der Erörterung der Besonderheiten eines zukünftigen Status des Donbass mit Donezk und Lugansk und legt seine Position zu dieser Frage nicht offen. Die fehlende Erreichung entsprechender Vereinbarungen ist die Hauptursache für das Fehlen eines Fortschritts bei der Regelung.

Wegen der Position der Ukraine fand bis jetzt keine gleichzeitige Eröffnung der Passierpunkte „Solotoje“ und „Stschastje“ statt.

9.12.:

dan-news.info: Erklärung der Außenministerin der DVR, der bevollmächtigten Vertretern der DVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Natalja Nikonorowa

Für eine praktische Lösung der Frage der Mechanismen zur Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung des Waffenstillstands haben wir im Vorfeld der anstehenden Verhandlungsrunde schon am 2. Dezember den Entwurf einer „Erklärung über Mechanismen zur Gewährleistung einer bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung vom 22. Juli 2020“ an den Koordinator der OSZE, Herrn Kinnunen, zur weiteren Bearbeitung durch alle Mitglieder der Kontaktgruppe geschickt.

Im Text dieses Entwurfs haben wir praktische Schritte vorgeschlagen, die von uns und Kiew für eine effiziente Einhaltung der Maßnahmen unternommen werden müssen. Vorgeschlagen wurde die Rückkehr der Ukraine zu dem am 22. Juli 2020 vereinbarten Koordinationsmechanismus zur Zusammenarbeit der Vertreter der DVR, der LVR und der Ukraine im GZKK, um operativ Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung zu unterbinden und Schusswechsel zu verhindern. Außerdem wurde der Ukraine vorgeschlagen, offiziell die Erklärungen des Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte Walerij Salushnyj und des Kommandeurs der sogenannten „Operation der vereinigten Kräfte“ Alexandr Pawljuk über die Zulässigkeit des Treffens von Entscheidungen über die Eröffnung des Feuers durch die Kommandeure der ukrainischen bewaffneten Formationen vor Ort ohne Abstimmung mit dem übergeordneten Kommando sowie über den Einsatz von Kampfdrohnen durch diese Formationen zurückzunehmen. Die genannten Erklärungen des Kommandos sind de facto für jeden Soldaten eine Anleitung zum Handeln und ein „Mandat“ zur Verletzung der Waffenstillstandsvereinbarungen.

Außerdem wurde eine verpflichtende Veröffentlichung der auf der Sitzung der Kontaktgruppe

getroffenen Entscheidungen zu diesen Fragen vorgeschlagen.

Das derzeitige Herangehen des offiziellen Kiew - in Minsk über die Unterstützung der erreichten Vereinbarungen zu reden, aber im Medienraum dem direkt widersprechende Thesen zu verbreiten – ist absolut inakzeptabel, weil es die Eskalation an der Kontaktlinie kritisch verstärkt.

Aber als Antwort hörten wir von der ukrainischen Delegation nur einander widersprechende Thesen, unklare Positionen und Versuche, auf jegliche Art der Lösung der praktischen Aufgaben zu entgehen. Die Ukraine verweigert sich weiter der Herstellung einer direkten Zusammenarbeit mit den Republiken und besteht darauf, dass die Verifikation der Verstöße durch die OSZE-Mission oder irgendeine andere Mission erfolgen muss, die die Rolle eines „unabhängigen Schiedsrichters“ ausfüllt.

Es ist offensichtlich, dass die Forderung der Ukraine nichts anderes ist als ein Versuch, die Verantwortung auf jemand anderen zu schieben. Die einzig mögliche Weise, real auf Verstöße zu reagieren und, am wichtigsten, diese zu unterbinden, eine direkte und operative Zusammenarbeit der beiden Seiten am Ort der festzustellenden Verstöße, verschreckt die Ukraine buchstäblich. Auf unsere mehrfach wiederholte Frage, ob Kiew bereit sei, eine Zusammenarbeit der Ukraine und der Republiken im GZKK zum Zweck einer vollwertigen Funktion des Koordinationsmechanismus festzuschreiben, waren die ukrainische Vertreter nicht bereit, eine klare Antwort zu geben.

Im Ergebnis wurden die achtstündigen Verhandlungen im Teil zur Sicherheit unterbrochen.

Die Delegation der Ukraine erbat zusätzliche Zeit, um als Antwort auf unsere Initiative eine überarbeitete Variante des Entwurfs einer Erklärung zu erstellen, die unsere prinzipiellen Positionen berücksichtigt: die Rücknahme der Erklärungen Salushnys und Pawljuks, eine festgeschriebene Zusammenarbeit der Ukraine und der Republiken im GZKK zum Zweck einer vollwertigen Funktion des Koordinationsmechanismus und eine Veröffentlichung des vereinbarten Texts der Erklärung auf den offiziellen Ressourcen der entsprechenden Behörden der Ukraine und der Republiken.

Wir erwarten von der ukrainischen Seite den versprochenen Text und sind bereit, ihn unverzüglich zu studieren, um die Perspektiven für die Vereinbarung eines Dokuments zu erkennen, das in der Lage ist, zu einem realen Fortschritt im Land zu führen und nicht zu dessen Imitation.

Andernfalls werden wir gezwungen sein, festzustellen, dass PR und Imitation von Aktivität für die Ukraine wichtiger sind als reale Schritte zur Erreichung von Frieden, von denen das Leben und die Gesundheit von Millionen Einwohnern des Donbass abhängen.

Lug-info.com: Erklärung des Außenminister des LVR, des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego

Die Sitzung der Kontaktgruppe am 8. Dezember, obwohl sie präzedenzlos lange dauerte, endete ohne Ergebnis. Die ukrainische Delegation setzte die Versuche fort, ein Bestreben zu einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu imitieren, aber hatte offensichtlich kein reales Mandat für praktische Schritte.

Besonders klar zeigte sich das bei der Erörterung unserer Initiative für einen Mechanismus der bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vom 22. Juli 2020, bei der die Vertreter der Ukraine einige Pausen für Konsultationen nahmen und spät am Abend, nach fast achtstündigen Versuchen, praktische Vorschläge in leere Deklarationen einzubringen, versprachen sie bis zum nächsten Morgen konstruktive Vorschläge einzureichen, die die für uns grundlegenden Positionen berücksichtigen.

In den anderen Bereichen war die Arbeit nicht produktiver.

Den Bericht des Koordinators zu Fragen der politischen Regelungen nahmen die Verhandlungsteilnehmer praktisch ohne Erörterung zur Kenntnis.

Im Rahmen der Arbeit zu den humanitären Fragen versuchte die Ukraine wieder, sich aus zuvor erreichten Vereinbarungen zur Parametern einer gleichzeitigen Eröffnung von zwei neuen Passierpunkten zurückzuziehen, mehr noch, sie versuchte den Vorschlag der Eröffnung nur eines von diesen voranzutreiben.

So können die Passierpunkte „Lugansk-Stschastje“ und „Perwomajsk-Solotoje“ schon seit mehr als

einem Jahr nicht eröffnet werden, weil Kiew sich weigert, die Parameter ihrer Arbeitsweise zu bestätigen, die schon in der Etappe des Baus der Infrastruktur vereinbart worden waren. Wie auch bei der Sitzung der Untergruppe setzte die Ukraine die Manipulationen zu den Fragen der prozessualen Freistellung fort.

Nicht produktiver war auch die Erörterung der Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus. Die ukrainische Seite unternahm den Versuch, die Frage des Wiederaufbaus des sozialökonomischen Beziehungen über die Abgrenzungslinie zu verdrehen, indem sie die Möglichkeit der Erstellung eines Entwurfs für einen Plan dieses Wiederaufbaus mit Fragen der Sicherheit verknüpfte.

Der Vorschlag der Ukraine, „diese Frage bis zur Herstellung eines nachhaltigen Waffenstillstands zurückzustellen“, rief offenes Unverständnis hervor: warum nur diese Frage und nicht die Fragen der Zahlungen für Wasser und andere Fragen in der Kompetenz dieser Untergruppe? Woher kommt eine solche klare Erscheinung von doppelten Standards?

Eine nachvollziehbare Antwort gab es nicht.

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Die außerordentliche Sitzung der Kontaktgruppe erbrachte keine Ergebnisse – die Ukraine hat kein einziges Versprechen im Ergebnis des gestrigen Treffens erfüllt

Zu unserem großen Bedauern fand die außerordentliche Sitzung der Kontaktgruppe völlig ergebnislos statt. Die Ukraine hat entgegen ihren Versprechen einen Entwurf einer Erklärung eingereicht, der keine einzige der prinzipiellen Positionen enthielt, über die wir bei dem gestrigen Treffen gesprochen hatten.

Mehr noch, im Text der ukrainischen Vertreter erschienen neue, vollständig absurde und totgeborene Vorschläge und unklare Formulierungen. Anstatt eine Zusammenarbeit der Ukraine und der Republiken im GZKK zum Zweck einer vollwertigen Funktion des Koordinationsmechanismus festzuschreiben, schlug die Ukraine vor, zu den Beteiligten an der Umsetzung dieses Mechanismus irgendwelche bevollmächtigten Vertreter Frankreichs und Deutschlands zusammen mit abstrakten „Unterzeichnern des Maßnahmekomplexes“ hinzuzunehmen, ja und sie hob noch hervor, dass dies bis Mitternacht des heutigen Tages zu erfolgen habe.

Auf all unsere Fragen, wie die ukrainischen Delegierten sich den Prozess einer operativen Unterbindung von Schusswechseln unter Bedingungen einer solch langen Kette von eingesetzten Personen vorstellen und wie diese Vorschläge über in einem so kurzen Zeitraum zu realisieren seien, erhielten wir keine einzige konkrete Antwort. Die Bitte, wenigstens deutlich die „Unterzeichner des Maßnahmekomplexes“ zu benennen blieb auch ungehört. Kiew verteidigte weiter mit manischer Hartnäckigkeit seine offensichtlich funktionsunfähigen Vorschläge und scheute sich nicht, offene Demagogie zu betreiben.

Außerdem bestätigten die ukrainischen Vertreter nicht die Bereitschaft, die Erklärungen Walerij Salushnys und Alexandr Paljuks aufzuheben, die es den ukrainischen Soldaten erlauben, den Waffenstillstand zu verletzen. Stattdessen hörten wir nur Aufrufe, im Medienraum kurze einzelne Erklärungen von allen Mitgliedern der Kontaktgruppe über eine „Unterstützung eines unbefristeten Waffenstillstands“ abzugeben.

Die ukrainische Delegation musste daran erinnert werden, dass die Vertreter der Republiken einen unbefristeten Waffenstillstand bereits seit Juli 2019 unterstützen und die Maßnahmen zur seiner Verstärkung seit Juli 2020, als eine entsprechende Vereinbarung mit Kiew erreicht und unterzeichnet wurde. Die Erinnerung führte nicht zu Handlungen.

Im Ergebnis: Die Ukraine hat kein einziges der gestern gegebenen Versprechen erfüllt, keinen einzigen unserer Aufrufe gehört, mit einer konstruktiven Arbeit zur Annäherung der Positionen zu beginnen.

Wir haben uns endgültig davon überzeugt, dass keinerlei „effektive Einhaltung des Waffenstillstands“, wie uns die ukrainischen Vertreter erklärten, zu ihren Plänen gehört. Alles was sie interessierte war, die Tatsache der Durchführung einer außerordentlichen Sitzung in der Hand zu haben, um ihren westlichen Kuratoren über Versuche „sich über den Frieden zu vereinbaren“ zu

berichten. Dazu waren sie bereit, die Verhandlungen in ein absolutes „Schmierentheater“ zu verwandeln, mit einer vollständigen Gleichgültigkeit gegenüber Leben und Gesundheit sowohl der eigenen Soldaten wie der Einwohner des Donbass. Unter solchen Bedingungen hielten nicht nur wir, sondern auch die Vertreter der OSZE es für unmöglich, die Sitzung fortzusetzen.

10.12.:

lug-info.com: Erklärung des Außenminister des LVR, des bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego

Die außerordentliche Sitzung der Minsker Kontaktgruppe verlief wieder sinnlos – bei Kiew gibt es doch keinen politischen Willen, reale Schritte zu einer friedlichen Regelung zu ergreifen.

Am 9. Dezember fand eine außerordentliche Sitzung der Kontaktgruppe statt, bei der die Diskussion zum Entwurf einer „Erklärung über Mechanismen zur Gewährleistung einer bedingungslosen Umsetzung der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueereinstellung vom 22. Juli 2020“ fortgesetzt wurde.

Die Möglichkeit eines solchen Treffens wurde von der Ukraine zuvor, auf der Sitzung am 8. Dezember, aufgeworfen. Wir haben der ukrainischen Delegation einen Tag, um konstruktive Vorschläge zur erarbeiten und einzureichen sowie um ihre Sicht einer praktischen Lösung der von uns benannten prinzipiellen Positionen zu formulieren.

Wir haben den Entwurf der Ukraine erhalten. Aber das Wesen des neuen Entwurfs war, trotz der Versprechungen von Herrn Kostin, das alte – es ist eine leere, niemanden zu irgendetwas verpflichtende Deklaration. Der neue ukrainische Entwurf berücksichtigt immer noch nicht unsere fest und äußerst exakt benannten prinzipiellen Positionen:

- eine exakte Festlegung der Zuständigkeiten des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung (die Ukraine und die Republiken des Donbass) und deren Zusammenarbeit im Rahmen des Koordinationsmechanismus.

Kiew aber versuchte, statt eine offensichtliche Tatsache anzuerkennen – die Konfliktseiten sind die Ukraine und die LVR, DVR – und eine reale Arbeit direkt mit uns zu beginnen, Vertreter der „Unterzeichner des Maßnahmekomplexes“ und die „Seiten des Normandie-Formats“ in den Koordinationsmechanismus einzubinden.

Ein solcher Vorschlag ist jenseits vernünftigen Denkens. Auf unsere Frage, wie sie sich die Beteiligung der „Vertreter“, von Frau Tagliavini oder Herrn Kutschma und Subarow, die Unterzeichner des Maßnahmekomplexes waren, vorstellen, schwieg die ukrainische Seite;

- eine Aufhebung der direkt den Minsker Vereinbarungen und den Maßnahmen widersprechenden Erklärungen der Generale Salushnyj und Pawljuk.

Statt einer Umsetzung dieses praktischen Schritts schlug Kiew vor, dass Herr Salushnyj und die ukrainischen Streitkräfte nach einer Annahme der Erklärung „diese Erklärung und die Maßnahmen unterstützen“.

Von uns folgte die logische Frage: Ist es so, dass jetzt weder die ukrainischen Streitkräfte noch Herr Salushnyj die Maßnahmen unterstützen? Und wieder erfolgte keine Antwort.

Der Höhepunkt der ukrainischen Absurdität war der Vorschlag Kostinas, einfach „eine kurze Erklärung über die Unterstützung der Maßnahmen und des Waffenstillstands“ abzugeben. Für die Republiken des Donbass hat das keinen Sinn, weil sie seit dem ersten Tag ihrer Unterzeichnung die Maßnahmen unterstützen - im Unterschied zur Ukraine, die aus ihnen ausgeschieden ist und dies öffentlich erklärt.

So wurden die ganzen drei Stunden der außerordentlichen Sitzung wie auch die acht Stunden der Arbeit zuvor von der Ukraine auf Versuche verwendet, die Erörterung praktischer Fragen in Geschwafel zu verwandeln und sich der Lösung der konkreten Fragen zur Rückkehr zum Waffenstillstand und zum Koordinationsmechanismus zu entziehen. Das einzige Ziel Kiews ist es, zu imitieren und in den Massenmedien PR mit „Friedensinitiativen“ der ukrainischen Führung zu betreiben.

Sowohl die Republiken der Donbass als auch die RF und die OSZE kamen zur Auffassung, dass

unter der Bedingung, dass die Ukraine ihre Position beibehält, eine weitere Erörterung nutzlos ist. Die Sitzung wurde geschlossen.

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Es erweist sich, dass der Donbass in den zwei Tagen der Sitzung der Kontaktgruppe an einer Einstellung des Beschusses arbeitete, aber die Ukraine an der Schaffung irgendeiner „Kontrollgruppe“ (auf Bitten von Deutschland und Frankreich).

Ein solche Enthüllung brachte der Sprecher der ukrainischen Delegation Arestowitsch vor. Er erklärte: „Es gibt eine entsprechende Initiative einer dieser Seiten (Deutschland und Frankreich). Sie haben vorgeschlagen, aber bisher nicht offiziell, dass sie bereit sind, eine Gruppe zu schaffen, die entweder zur OSZE-Mission oder zum GZKK gehört... Sie könnten dort als gesonderte Gruppe sein und die Situation verifizieren“.

Und jetzt der Reihe nach:

Erstens, die ukrainischen Vorschläge als Antwort auf unsere Initiative zur Verhütung von Verletzungen der Maßnahmen zur Verstärkung des Waffenstillstands vom 22.07.20 sahen keinerlei neue „Gruppe zur Verifikation/Kontrolle“ vor. Von den „Neuerungen“ gab es dort nur den äußerst absurden Versuch der Ukraine, Vertreter der „Unterzeichner des Maßnahmenkomplexes“ und „die Seiten des Normandie-Formats (bei deren Zustimmung)“ in den Koordinationsmechanismus aufzunehmen. D.h. Kiew schlug vor, die Zusammensetzung des schon seit sieben Jahren arbeitenden GZKK zu verändern und nicht neue „Gruppen“ zu bilden.

Zweitens, in den ukrainischen Vorschlägen bezüglich der Aufnahme von „Seiten des Normandie-Formats“ steht die Anmerkung „bei Zustimmung“. Das heißt, im Text ist von keiner „Initiative“ Frankreichs oder Deutschlands die Rede, wie es Arestowitsch behauptet. Ja und bei der Erörterung hat Kiew kein einziges Mal eine solche „Initiative“ angedeutet.

Drittens, es entsteht eine interessante Situation: Wenn es gelungen wäre, die ukrainischen Vorschläge durchzubringen, so wäre das ihre Initiative gewesen, und wo es nicht so kam – da haben uns Deutschland und Frankreich gebeten sie hinzuzufügen. Eine ukrainische Standardtaktik: jemand anderes all ihrer Misserfolge zu bezichtigen. Aber nicht bis zu diesem Level!

Im Ganzen bestätigen die Worte des ukrainischen Sprechers das, was wir 11 Stunden lang mit eigenen Augen beobachteten: Der Donbass versuchte ernsthaft mit Kiew eine Feuereinstellung zu vereinbaren, die Rückkehr der Ukraine in den Waffenstillstand und den Koordinationsmechanismus, aber die ukrainische Delegation redete über Verifikation, Vermittler und schlug vor, das zu bestätigen, was die Republiken schon seit anderthalb Jahren einhalten. Offensichtlich haben der Donbass und die Ukraine im Verhandlungsprozess unterschiedliche Ziele.

Marija Kowscharj, Pressesekretärin der Delegation der LVR bei den Minsker Verhandlungen